

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Innere Verwaltung
Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz
3430 Tulln an der Donau, Langenlebarner Straße 106



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3430

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 15.10.2019

zu Ltg.-700/V-7/14-2019

— Ausschuss

IVW4-A-1058/041-2019

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.ivw4@noel.gv.at
Fax: 02272/9005-13520 Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

BearbeiterIn

Dr. Bernhard
Schlichtinger

(0 22 72) 9005

Durchwahl

Datum

13191

15. Oktober 2019

Betrifft

Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres und
Sicherstellung des Katastrophenschutzes; Entschließung des NÖ Landtages

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages vom 25. Juni 2019, Ltg Ltg.-700/V-7/14-2019, hat die Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz folgendes Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Dr. Brigitte Bierlein gerichtet:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Der Landtag von Niederösterreich hat in der Sitzung am 25. Juni 2019 den beiliegenden Resolutionsantrag der Abgeordneten Handler, Landbauer, MA, Ing. Huber, Königsberger, Aigner, Dorner, Vesna Schuster Ing. Mag. Teufel zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2020 betreffend „Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres und Sicherstellung des Katastrophenschutzes“ zum Beschluss erhoben.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, auf die Begründung des Antrags zu verweisen. Ich darf Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, namens der NÖ Landesregierung ersuchen, sich für dieses Anliegen einzusetzen und die zuständigen Bundesstellen damit zu befassen.

NÖ Landesregierung
Im Auftrag
Dr. S c h l i c h t i n g e r

Das Bundeskanzleramt hat am 31. Juli 2019 folgendes Schreiben an das Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz gerichtet:

Geschäftszahl: BKA-350.710/0172-IV/9/2019

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr Schreiben vom 3. Juli 2019, mit dem Sie einen Beschluss vom 25. Juni 2019 betreffend „Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres und Sicherstellung des Katastrophenschutzes“ vorlegen, wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 31. Juli 2019 zur Kenntnis gebracht.

Daraufhin wurde dieser dem zuständigen Bundesministerium für Landesverteidigung zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Pesendorfer e.h.

Am 12. September 2019 hat der Bundesminister für Landesverteidigung, Herr Mag. Thomas Starlinger, folgendes Schreiben an das Amt der NÖ Landesregierung, S90000/75-PMVD/2019, gerichtet:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke Ihnen und dem Niederösterreichischen Landtag für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung in dieser für die Sicherheit Österreichs wichtigen Angelegenheit.

In diesem Sinne habe ich die Erstellung eines Statusberichts „Unser Heer 2030“ in Auftrag gegeben, der die Bedrohungslage der Republik Österreich, die aktuelle prekäre Situation des Bundesheeres, die daraus resultierenden Risiken für die Sicherheit Österreichs und die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes der österreichischen Bevölkerung sowie die aus der Souveränität und Neutralität Österreichs resultierenden Pflichten aufzeigt.

Der am 17. September erscheinende umfassende Bericht „Unser Heer 2030“, der von Expertinnen und Experten des Bundesheeres aller Fachbereiche und Ebenen gemeinsam in den letzten Monaten erarbeitet wurde, gibt darauf fundierte Antworten. Er zeigt klar auf, welche neuen und zusätzlichen Bedrohungen unsere Sicherheit gefährden, wie unser Bundesheer dafür aufgestellt und ausgerüstet sein muss und welche Investitionen dafür nötig sind. Mit seinen konkreten Empfehlungen, die an politische Entscheidungsträger gerichtet sind, zeigt der Bericht die erforderliche Weiterentwicklung des Österreichischen Bundesheeres auf.

Es ist nun die Aufgabe der künftigen politischen Entscheidungsträger zu entscheiden, welches Risiko für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung in Kauf genommen werden soll.

Ich bin davon überzeugt, dass der Bericht „Unser Heer 2030“ die notwendigen Grundlagen liefert, damit künftig die notwendigen Ressourcen dem ÖBH zur Verfügung gestellt werden. Erst dann wird das Bundesheer wieder seine in der Verfassung stehenden Aufgaben zum Schutz der Österreicherinnen und Österreicher erfüllen können.

In der Erwartung, dass ich auch künftig auf Ihre Unterstützung zählen darf, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

[eigenhändige Unterschrift]

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter